

## PROTOKOLL

über die 25. Sitzung des **Beirates Huchting**,  
am Montag, 21.09.2021, in der Aula der Roland zu Bremen Oberschule (Präsenzsitzung –  
Stream via Facebook)

vom Ortsamt: Herr Schlesselmann, Herr Timmermann

vom Beirat: Herr Bries, Herr Böse, Herr Hamen, Frau Horn, Herr Horn,  
Frau Jahnke, Frau Kretschmann, Frau Mollenhauer-Thein,  
Herr Monsig, Frau Radke, Herr Rietz, Frau Schubert, Frau  
Seifert, Herr Siepker, Frau Wendt

entschuldigt: Frau Böcker, Frau Otto-Kleen

Die Sitzung wird um 19:00 Uhr mit der Begrüßung der Mitglieder des Beirates Huchting, der Gäste, der Bürger\*innen und der Presse via Live-Stream via Facebook eröffnet. Aufgrund der aktuellen Corona-Pandemie findet die Sitzung in Hybrid statt. Der Beirat stimmt der Sitzung als Hybrid inkl. Live-Stream zu.

Der Vorsitzende bedankt sich beim Bürgerhaus Gemeinschaftszentrum Obervieland für den technischen Support der Beiratssitzung, der es ermöglicht, die heutige Sitzung im Internet zu „streamen“.

Die ordnungsmäßige Ladung und die Beschlussfähigkeit werden einvernehmlich festgestellt.

Die Redezeit ist auf 2 Minuten begrenzt (ausgenommen Referent:innen).

### Tagesordnung:

TOP 1 Nachruf Dr. Gerold Fuchs

TOP 2 Anfragen, Wünsche und Anregungen aus der Bevölkerung

TOP 3 Start Globalmittel 2. Tranche 2021

TOP 4 Dritte Impfkation in Huchting (ohne Aussprache)

TOP 5 Zugang Elli für Rollatoren etc.; Stadtteilbudget Verkehr

TOP 6 Offene Kinder- und Jugendarbeit (ohne Aussprache)

a) Verzinsung Rückzahlungen OJA-Mittel

b) Klarheit für soziale Einrichtungen in Huchting im Umgang mit coronabedingten Zugangsbeschränkungen; Antrag SPD

TOP 7 Verlängerung und Verstetigung des Projektes „Gesundheitsfachkräfte in Bremer Quartieren“; Haushaltsantrag (ohne Aussprache)

TOP 8 Digitalisierung der Beiratsarbeit; Haushaltsantrag und Anpassung des Beiratsortsgesetzes; parteiübergreifender Antrag (ohne Aussprache)

TOP 9 Vertreter:in im Controllingausschuss (ohne Aussprache); Vorschlagsrecht SPD

TOP 10 Änderung des Mobilitätsortsgesetzes

TOP 11 Verschiedenes

### TOP 1 Nachruf

In den Sommerferien erhielt der Beirat Huchting die Nachricht, dass Dr. Gerold Fuchs verstorben ist. Hierzu verliest der Beiratssprecher einen entsprechenden Nachruf. Herr Dr.

Fuchs war Mitgründer des Park links der Weser e.V. und hat sich besonders um den Neustädter Shanty-Chor verdient gemacht. Im Anschluss wird kurz zum Gedenken von Herr Dr. Fuchs innegehalten.

### **TOP 2 Anfragen, Wünsche und Anregungen aus der Bevölkerung**

Der Vorsitzende teilt mit, dass dem Ortsamt eine Anfrage von einem Ehepaar zu der Verkehrssituation in der Brokhuchtinger Landstraße erhalten hat. Hierzu teilt er mit, dass der Fachausschuss Verkehr sich bereits in den Vergangenheit ausführlich mit diesem Thema beschäftigt hat und dieses auch weiterhin auch auf der Tagesordnung haben wird. Eine ausführliche Stellungnahme zu der Anfrage wird daher in der kommenden Sitzung des Fachausschuss Verkehr erfolgen.

### **TOP 3 Start Globalmittel 2. Tranche 2021**

Der Beiratssprecher verkündet, dass ab sofort bis zum 18.10.2021 wieder Globalmittelanträge an den Beirat gestellt werden können. Bedingungen sind unter anderem, dass zwei Angebote vorliegen müssen, mit der Maßnahme vorher noch nicht begonnen worden darf und die Antragsteller:innen einen Eigenanteil ansetzen möchten. Über die Vergabe der Globalmittel wird zum jetzigen Stand in der Beiratssitzung im November 2021 entschieden.

### **TOP 4 Dritte Impfkation in Huchting**

Der Beiratssprecher teilt mit, dass am 28.09.2021 in der Zeit von 11:00 – 18:00 Uhr am Roland Center die dritte Impfkation in Huchting stattfinden wird. Der Beirat Huchting wirbt dafür, dass alle Bürger:innen die bisher noch nicht geimpft sind, dieses an diesem Tag zu tun.

### **TOP 5 Zugang Elli für Rollatoren etc.; Stadtteil Budget Verkehr**

Der Vorsitzende stellt das Urban-Gardening Projekt Gemeinschaftsgarten „Elli“ von Arbeit und Ökologie vor, welches sich im Grünzentrum Huchting (Park an der Linse) befindet. Das Projekt wurde sehr schön umgesetzt, wird von vielen Menschen angenommen und hat sich zu einem lebendigen Treffpunkt entwickelt und damit zu einem Gewinn für den Stadtteil. Leider ist das Gelände des Projektes momentan nur über die Grünfläche zu erreichen. Menschen mit Mobilitätseinschränkungen haben dadurch Schwierigkeiten, „Elli“ zu erreichen. Daher hatte Arbeit und Ökologie den Beirat gebeten, ob es möglich wäre aus dem Stadtteil Budget Verkehr einen gepflasterten Weg und ein neues Tor (Kosten ca. 1.500,00 €) zu errichten. Der Fachausschuss Verkehr hatte sich bereits in der letzten Woche mit dem Thema beschäftigt und empfiehlt die Bewilligung der Mittel.

Der Beirat Huchting fasst folgenden

#### **Beschluss:**

**Auf Empfehlung des Fachausschusses Verkehr beschließt der Beirat Huchting, für die Herstellung einer zweiten Zuwegung und eines zweiten Tores für das Urban-Gardening-Projekt „Elli“ zur besseren Erreichbarkeit insbesondere für Menschen mit Mobilitätseinschränkungen 1.500 Euro aus dem Stadtteilbudget Verkehr zur Verfügung zu stellen.**

#### **Abstimmungsergebnis:**

Einstimmig (15 Ja-Stimmen)

## **TOP 6 Offene Kinder- und Jugendarbeit**

### **a) Verzinsung Rückzahlung OJA-Mittel**

Der Vorsitzende verliest den folgenden Antrag zur Verzinsung der Rückzahlung der OJA-Mittel, worüber im Anschluss abgestimmt wird:

**Der Beirat Huchting bittet die Senatorin für Soziales, Jugend, Integration und Sport, das Zuwendungsrecht für die Offene Kinder- und Jugendarbeit zu vereinfachen, vermeidbare Belastungen für die Träger zu eliminieren sowie Gestaltungs- und Entscheidungsspielräume im Sinne der Offenen Kinder- und Jugendarbeit zu nutzen!**

**Zu den vom Beirat Huchting bereits wiederholt vorgetragenen, negativen Auswirkungen beispielsweise durch den Einbehalt der Planungsreserve in Höhe von 5 %, restriktive Regelungen in haushaltslosen Zeiten, monatliche 1/14-Abschläge, welche für die durchgehende, ganzjährige, verlässliche Offene Kinder- und Jugendarbeit hinderlich sind, kommen aktuell Zinsforderungen nach § 49a BremVwVfG gegenüber den Trägern der Offenen Kinder- und Jugendarbeit (OJA-Träger) hinzu. Die Erhebung von Zinsen steht im Ermessen der Zuwendungsgeberin. Die Ausübung des Ermessens unter Abwägung aller Umstände und Interessen ist nicht nur dringend geboten, sondern verpflichtend. Nach pflichtgemäßer Abwägung unter Berücksichtigung aller Aspekte drängt sich förmlich ein Verzicht auf Zinsforderungen auf!**

**Der Beirat Huchting bittet die Senatorin für Soziales, Jugend, Integration und Sport, gemeinsam mit der LandesArbeitsGemeinschaft der Freien Wohlfahrtspflege Bremen e.V. (LAG) und OJA-Trägern Lösungen in diesen Problemfeldern zu entwickeln.**

### **Begründung:**

Verwaltungsaufwand und –kosten sollten im Rahmen von OJA-Zuwendungen sowohl auf der Behördenseite als auch auf Trägerseite möglichst geringgehalten werden, um die Ressourcen in die eigentliche Kinder- und Jugendarbeit investieren zu können.

Außerdem sollten die OJA-Mittel rechtzeitig, sprich frühzeitig zur Verfügung stehen, damit die Träger planen können und Liquiditätsengpässe vermieden werden. Ein Verauslagen von Ausgaben ist für die Träger problematisch, weil sie keine Rücklagen bilden können und dürfen. Insbesondere Nachzahlungen gegen Ende Jahres sind kontraproduktiv, weil für ihren sach- und fachgerechten Einsatz kaum noch Zeit bleibt.

Die OJA-Träger wie auch die Kinder und Jugendlichen hatten und haben zudem unter der aktuellen Corona-Pandemie besonders zu leiden und erhebliche Einschränkungen erfahren. Die Angebote der Offenen Kinder- und Jugendarbeit sind mit viel Kreativität, Engagement und Aufwand der Träger und vor allem natürlich der Mitarbeitenden soweit es möglich war aufrechterhalten worden. Planungen waren angesichts der nicht vorhersehbaren und wechselnden Rahmenbedingungen kaum möglich.

Im Grunde konnte erst nach Ablauf des Jahres festgestellt werden, was an Angeboten und Projekten durchgeführt werden konnte und welche Kosten angefallen sind. Gleichzeitig blieben auch im neuen Jahr 2021 die Zusatzbelastungen und Unwägbarkeiten für die Träger bestehen. Auch das Jahr 2021 ist als Ausnahmezustand für die Offene Kinder- und Jugendarbeit einzustufen. Dass nicht alle Träger die Mittel einsetzen konnten, kann ihnen insoweit nicht zur Last gelegt werden. Die Rückzahlung nicht verwendeter Beträge ist im Grundsatz nachvollziehbar, wengleich Vereinfachungen und Pauschalierungen zu einer Reduzierung

des Verwaltungs-aufwands führen würden. Die Erhebung von Zinsen liegt im pflichtgemäßem Ermessen der Zuwendungsgeberin. Bei der Interessenabwägung sind diese besonderen Umstände einzubeziehen. Darüber hinaus ist die Zuwendung rechtmäßig bewilligt und gezahlt worden. Eine ungerechtfertigte Bereicherung im eigentlichen Sinne oder Verschulden insbesondere Vorsatz der Träger sind zu verneinen. Daher ist die Unterscheidung zu anderen, schuldhaft verursachten Rückforderungen unbedingt erforderlich.

Mit Blick auf das aktuelle Zinsniveau auf dem Finanzmarkt ist die Berechnung von Zinsen mit 5 % über dem Basiszinssatz als unverhältnismäßig und exorbitant anzusehen. Angesichts der Tatsache, dass die Träger keine oder wenn überhaupt marginale Zinserträge erwirtschaften können, wohl gemerkt ohne Verschulden, erscheint die Zinserhebung, unzumutbar und ungerechtfertigt.

Im Übrigen hat kürzlich hat das Bundesverfassungsgericht Karlsruhe die Verzinsung von Steuerrückforderungen mit 6 % aufgrund der seit 2014 andauernden Niedrigzinsphase rückwirkend für verfassungswidrig erklärt. Zwar ist dies nicht unmittelbar auf OJA-Zuwendungen übertragbar, zeigt aber in analoger Betrachtung die hier vorliegende Diskrepanz ganz deutlich auf.

Vor allem aber steht die Zinserhebung im Ermessen der Behörde.

Die Zuwendungen für offene Jugendarbeit sollen in erster Linie den Kindern und Jugendlichen zukommen und der Verwaltungsaufwand daher so gering wie möglich gehalten werden. Da die Leistungserbringer keine Zinsen erwirtschaften können, bittet der Beirat Huchting, den Ermessensspielraum zu nutzen und auf Zinsen auf Rückforderungen in der Offenen Kinder- und Jugendarbeit zu verzichten!

### **Abstimmungsergebnis:**

Einstimmige Zustimmung (15 Ja-Stimmen)

### **b) Klarheit für soziale Einrichtungen in Huchting im Umgang mit coronabedingten Zugangsbeschränkungen; Antrag SPD**

Die Antragstellerin verliest den folgenden Antrag, worüber im Anschluss abgestimmt wird:

In Huchting gibt es eine Vielzahl von sozialen Einrichtungen, die sich um die verschiedensten Belange im Stadtteil kümmern. Dabei werden Angebote für alle Altersstufen von Grundschulkind bis zu jungen Erwachsenen geschaffen, die mit viel Energie und Engagement geplant und durchgeführt werden.

Corona hat bei allen Projekten zu Einschränkungen geführt, die nur mit viel Kreativität und Wohlwollen so weit überwunden werden konnten, dass die jeweiligen Personengruppen trotz der Umstände erreicht werden konnten.

Ein großes Problem stellten hierbei die sich ständig ändernden Zugangs- und Umgangsregeln dar. Und auch heute noch gibt es keine klaren Regeln für soziale Einrichtungen, die ihnen Sicherheit geben könnten und zu Verwirrungen führen. Diese Unsicherheiten führen im schlimmsten Fall zu Kontaktabbruch gerade zu den Personen, die ein sehr niederschwelliges Angebot bräuchten, die nicht (mehr) in der Schule sind und sich daher auch von den grundsätzlichen Kontrollen nicht erfasst werden können. Aber auch die Kinder, deren Eltern bisher eine Impfung verweigern, leiden unter den Einschränkungen. Deshalb müssen einheitliche und leicht verständliche Regeln für unsere sozialen Einrichtungen benannt werden, die besonders auf den niedrighschwelligigen Zugang Rücksicht nehmen.

Bisher ist auch die Kostenübernahme für Schnelltests, die in den Einrichtungen durchgeführt werden, nicht geklärt.

**Der Beirat Huchting möge beschließen:**

**Der Beirat Huchting bittet die zuständige senatorische Behörde schnellst möglichst klare und leicht vermittelbar Zugangs- und Umgangsregeln für die sozialen Einrichtungen zu schaffen. Dabei sollten zum Beispiel die in den Schulen vorgenommenen Schnelltests auch am Nachmittag anerkannt werden. Falls Tests in den Einrichtungen durchgeführt werden müssen, sollten die Kosten hierfür von der Stadt übernommen werden.**

**Abstimmungsergebnis:**

Einstimmige Zustimmung (15 Ja-Stimmen)

**TOP 7 Verlängerung und Verstetigung des Projektes „Gesundheitsfachkräfte in Bremer Quartieren“; Haushaltsantrag**

Der Vorsitzende verliest den folgenden Haushaltsantrag zum Thema Verlängerung und Verstetigung des Projektes „Gesundheitsfachkräfte in Bremer Quartieren“, worüber im Anschluss abgestimmt wird:

**Der Beirat Huchting beantragt, im Haushaltsplan 2022/2023 Haushaltsmittel und Stellen für Fachkräfte für Prävention und Gesundheitsförderung in den Bremer Quartieren zu veranschlagen. Es ist dringend geboten, das Projekt „Gesundheitsfachkräfte in Bremer Quartieren“ in Huchting fortzuführen.**

**Begründung:**

Das Projekt „Gesundheitsfachkräfte in Bremer Quartieren“, welches von der Senatorin für Gesundheit, Frauen und Verbraucherschutz seit Januar 2021 finanziert wird, läuft Ende 2021 aus.

Die Arbeit der Fachkräfte hat sich bereits bewährt und leistet einen wichtigen Beitrag zur Förderung der Gesundheits- bzw. Pandemiekompetenz der Stadtteilbewohner\*innen. Seit März 2021 sind die Gesundheitsfachkräfte in den WiN-Gebieten eingesetzt und bieten niedrigschwellige Beratungsangebote für Fragen zu den Pandemiebekämpfungsmaßnahmen und zum Thema Gesundheit im Allgemeinen an.

Für Huchting konnte eine Vollzeitstelle eingerichtet werden. Die Gesundheitsfachkraft Anna Balatsan arbeitet in Huchting mit vielen Stadtteileinrichtungen zusammen. Sie ist für die Mitarbeitenden eine Ansprechperson bei Fragen zu Corona und zum Thema Gesundheit. Außerdem führt sie in den Stadtteileinrichtungen niedrigschwellige Beratungsangebote durch. Beispielsweise informiert die Gesundheitsfachkraft in den Sprachkursen in Huchting über Corona, Testen, Impfen und die Quarantäne. Darüber hinaus hat sie Beratung in der Moschee, in Sprachcafes und in Kindertagesstätten angeboten. Sie hat ein Beratungsangebot im Bürger- und Sozialzentrum aufgebaut und leitet Bewohner\*innen an vorhandene Angebots- und Hilfsstrukturen weiter.

Die Gesundheitsfachkräfte unterstützen darüber hinaus stadtteilübergreifend die mobilen Impfkationen, indem sie im Vorfeld der Impfkationen niedrigschwellige Aufklärungsarbeit zum Thema Impfen leisten sowie während der Aktionen beratend tätig sind. Auch für Huchting konnte ein solches Angebot umgesetzt werden. Im Vorfeld beantwortete Anna Balatsan

in den Kindertagesstätten die Fragen der Eltern und besuchte die Huchtinger Übergangswohnheime, um die Menschen vor Ort zu informieren.

In Anbetracht des stetigen Impffortschritts ist zwar davon auszugehen, dass das Infektionsgeschehen und die Fragen zu pandemiebezogenen Themen abnehmen werden, doch bereits jetzt äußern die Einwohner\*innen und Stadtteilakteure Unterstützungsbedarfe im Hinblick auf Gesundheitsthemen, wie z. B. Ernährung, Übergewicht und Bewegungsmangel. Zudem ist anzunehmen, dass sich die Gesundheit der Einwohner\*innen im Zuge der Pandemie in vielen Bereichen, z. B. in Bezug auf regelmäßige Bewegung/Sport oder Aspekte der psychischen Gesundheit, verschlechtert hat. In Huchting besteht zusätzlich ein großer Bedarf, dass niedrigschwellig über den Zugang zum Gesundheitssystem informiert wird, beispielsweise welche Vorsorgeuntersuchungen kostenfrei in Anspruch genommen werden können.

Eine Verstärkung der Tätigkeit der Gesundheitsfachkräfte in Bremer Quartieren ist daher eine wichtige Maßnahme, um die gesundheitlichen Folgen der Krise wirkungsvoll zu bewältigen und das Thema Gesundheit in den Quartieren mit niedrigschwelligen Angeboten zu fördern. Durch ihre steigende Bekanntheit in den Quartieren und ihre gute Vernetzung kommt den Gesundheitsfachkräften eine zentrale Lots\*innenfunktion zu, die auch in Zukunft genutzt werden sollte.

Diese Rahmenbedingungen unterstreichen die Notwendigkeit, Gesundheitsfachkräfte in Bremer Quartieren und damit auch die Gesundheitsfachkraft in Huchting als fortwährendes Angebot sicherzustellen.

#### **Abstimmungsergebnis:**

Einstimmige Zustimmung (15 Ja-Stimmen)

#### **TOP 8 Digitalisierung der Beiratsarbeit; Haushaltsantrag und Anpassung des Beiratsortsgesetzes; parteiübergreifender Antrag**

Der Antragssteller verliert den Antrag zum Thema „Digitalisierung der Beiratsarbeit“, wofür im Anschluss abgestimmt wird:

Die Corona-Pandemie sorgte unter anderem dafür, dass der Ausbau der Digitalisierung in vielen gesellschaftlichen Bereichen voranschritt. So wurden beispielsweise Gremiensitzungen der Beiräte wegen der Kontaktbeschränkungen online übertragen. Mit großem Erfolg: Regelmäßig verfolgen in den sozialen Medien im Durchschnitt zwischen 500 und 1.000 User:innen die jeweiligen Tagungen des Huchtinger Stadtteilparlaments. Vor der Pandemie kamen in der Regel zwischen 50 und 100 Gäste zu den Präsenzsitzungen des Beirats.

*Daher hat der Beirat Huchting auf seiner Sitzung am 15. März 2021 einstimmig den folgenden Beschluss gefasst:*

*1. Der Beirat Huchting fordert die zuständigen senatorischen Behörden auf, dem Ortsamt Huchting beziehungsweise dem Huchtinger Stadtteilparlament ausreichend Finanzmittel zur Verfügung zu stellen, über die das notwendige technische Equipment angeschafft werden kann. Ferner fordert der Beirat Huchting den Senat auf, die gesetzlichen Voraussetzungen zu schaffen, über die Gremiensitzungen auch nach der Pandemie übertragen werden können.*

*2. Der Beirat Huchting fordert die zuständigen senatorischen Behörden auf, allen gewählten Beiratsmitgliedern für die Dauer der jeweiligen Legislaturperiode ein Tablet zu Verfügung zu stellen und zu prüfen, ob auch den sachkundigen Bürger:innen ein Gerät zur Verfügung gestellt werden kann.*

**3. Der Beirat Huchting fordert die zuständigen senatorischen Behörden auf, im kommenden Doppelhaushalt 2022/2023 ausreichend Finanzmittel bereitzustellen.**

Auch der Beirat Findorff forderte die Senatskanzlei auf, im Haushalt 2022/23 die Mittel für die erforderlichen personellen und sachlichen Kapazitäten für zukünftige hybride Konferenzen (physische Versammlungen und gleichzeitige Livestreams) des Beirates und der Fachausschüsse in Findorff festzuschreiben.

Die zuständige Senatskanzlei lehnte das Anliegen beider Beiräte mit der folgenden Begründung ab:

*Zum Antrag Huchting: „Die Finanzierung von Tablets für alle Mitglieder der 22 stadtbremischen Beiräte sowie sämtlicher sachkundiger Bürger:innen (insgesamt über 500 Personen) ist aufgrund der allgemeinen Haushaltslage nicht darstellbar, zumal (anders als bei der Ausstattung aller Schüler:innen mit Tablets) hierfür keine Bundesmittel zur Verfügung stehen. Zu den Anschaffungskosten käme auch noch eine entsprechende Administration und Wartung der Geräte hinzu. Das ist durch die IT-Stelle der Senatskanzlei personell nicht leistbar.“*

*Zum Antrag Findorff: „Derzeit werden Livestream-Übertragungen von Beiratssitzungen aus dem Bremen-Fonds finanziert, weil es sich um besondere, durch die Corona-Pandemie bedingte Ausgaben handelt. Im regulären Haushalt der Senatskanzlei sind derzeit keine zusätzlichen Mittel zur Durchführung von Livestream-Übertragungen hybrider Konferenzen vorgesehen, da das Beiräteortsgesetz diese aktuell nur aus Gründen des Infektionsschutzes vorsieht.“*

Für den Huchtinger Beirat ist die Entscheidung der zuständigen Behörde nicht stichhaltig.

Der Beirat Huchting möge beschließen:

- 1. Der Beirat Huchting fordert die zuständige Senatskanzlei bis zur 2. Lesung des stadtbremischen Doppelhaushalts im Dezember 2021 auf, ihre Entscheidungen zu revidieren und doch Finanzmittel bereitzustellen sowie rechtlichen Voraussetzungen zu schaffen, damit auch nach der Pandemie die Gremien-Präsenzsitzungen des Huchtinger Beirats in den sozialen Medien übertragen werden können.**
- 2. Der Beirat Huchting fordert die zuständige Senatskanzlei auf, bis zur 2. Lesung des stadtbremischen Doppelhaushalts im Dezember 2021 Gelder bereitzustellen, um für die jene gewählten Beiratsmitglieder – denen es aufgrund ihrer persönlichen sozialen Lage nicht möglich ist, eigene elektronische Kommunikationsgeräte zu erwerben, – Tablets oder Notebooks für die Dauer der Legislaturperiode anzuschaffen.**

#### **Abstimmungsergebnis:**

Einstimmige Zustimmung (15 Ja-Stimmen)

#### **TOP 9 Vertreter:in im Controllingausschuss; Vorschlagsrecht SPD**

Die Beiratsfraktion der SPD teilt mit, dass Frau Kretschmann von ihrer Funktion als Vertreterin des Beirates Huchting im Controllingausschuss zurücktritt. Die SPD hat das alleinige Vorschlagsrecht und schlägt Frau Friederike Schubert als neue Vertreterin vor.

#### **Abstimmungsergebnis:**

Einstimmige Zustimmung (15 Ja-Stimmen)

#### **TOP 10 Entwurf eines Mobilitätsortsgesetzes**

Der Fachausschussverkehr teilt mit, dass in der letzten Sitzung das Thema „Entwurf eines Mobilitätsortsgesetzes“ thematisiert worden ist. Der Fachausschuss ist in der

Sitzung zu dem Entschluss gekommen, dass das Thema in einer kommenden Beiratssitzung vorgestellt werden muss und daher eine entsprechende Fristverlängerung beantragt wird. Die senatorische Behörde teilte dem Ortsamt nun mit, dass eine erneute Fristverlängerung nicht möglich sei und eine Vorstellung in sämtlichen Beiräten ebenfalls nicht möglich ist. Der Fachausschusssprecher Verkehr schlägt vor, den Entwurf zum jetzigen Zeitpunkt abzulehnen und eine weitere Erörterung mit der Behörde im Beirat oder in einer Regionalkonferenz für den Bremer Süden zu fordern.

Der Beirat Huchting beschließt folgenden Beschluss

**Beschluss:**

**Der Beirat Huchting lehnt den Entwurf des Mobilitätsortsgesetzes zunächst ab und bittet vor Abgabe einer erneuten, abschließenden Stellungnahme um weitere Informationen und Erörterung des Entwurfes im Beirat gemeinsam mit den zuständigen Behördenvertreterinnen und –vertretern. Aufgrund der Komplexität der Thematik und der erheblichen Auswirkungen des Mobilitätsortsgesetzes auf die Mobilität und das Parken in den Quartieren ist eine Stellungnahme ohne gemeinsame Erörterung und Diskussion nicht möglich.**

**Sollte eine Erörterung einzelner Beiräte nicht möglich sein, wäre eine stadtteilübergreifende Regionalkonferenz mit mehreren Beiräten sinnvoll und anzuberaumen.**

**Es wird um entsprechende Fristverlängerung gebeten.**

**Abstimmungsergebnis:**

Einstimmig (15 Ja-Stimmen)

**TOP 11 Verschiedenes**

Der Beirat bittet um eine Übersicht über Beschlüsse seit 01/2021 und die entsprechenden Ergebnisse. Das Ortsamt wird hierzu eine entsprechende Übersicht erstellen.

Der Vorsitzende teilt mit, dass die 30-Strecke im Wardamm aufgrund eines gerichtlichen Klageverfahrens wieder aufgehoben wird. Er bedauert diese Entscheidung, da die Straße in einem sehr schlechten Zustand, unübersichtlich und teilweise dunkel ist. Gegen diese Entscheidung vorzugehen, erscheint aufgrund der rechtlichen Situation wenig sinnvoll.

Aus dem Beirat wird gebeten, dass auf der Straße für die Radfahrer:innen entsprechende Pfeile markiert werden. **Das Ortsamt wird dies an das Amt für Straßen und Verkehr geben.**

Der Vorsitzende teilt mit, dass der nächste Beirat bereits am 11.10.2021 um 19:00 Uhr stattfinden wird.

Ende der Sitzung um 19:40 Uhr.

gez.  
Herr Bries  
(Beiratssprecher)

gez.  
Herr Schlesselmann  
(Sitzungsleiter)

gez.  
Herr Timmermann  
(Protokoll)